

Nichtanerkennung Israels: Ein Weg zu Verantwortung, Gleichheit und dauerhaftem Frieden

Der israelisch-palästinensische Konflikt, der sich über mehr als sieben Jahrzehnte erstreckt, bleibt einer der hartnäckigsten und moralisch aufgeladensten Streitigkeiten der modernen Geschichte. Der Staat Israel, der von 165 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (Stand 1. Juni 2025) anerkannt wird, wird beschuldigt, systematisch internationales Recht zu verletzen, einschließlich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord, insbesondere bei seinen militärischen Operationen in Gaza und im Westjordanland. Der Internationale Gerichtshof (IGH) und der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) haben beispiellose Schritte unternommen, wobei Südafrika eine Völkermordklage gegen Israel beim IGH eingereicht hat und der IStGH 2024 Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant erlassen hat. Trotz dieser Maßnahmen bleibt die Verantwortlichkeit schwer zu erreichen, was größtenteils auf Israels Status als anerkannter Staat und den Schutz durch Verbündete wie die Vereinigten Staaten zurückzuführen ist. Dieser Essay argumentiert, dass die internationale Gemeinschaft einen mutigen Schritt unternehmen sollte: Israel die Anerkennung als Staat entziehen, alle diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen abbrechen, die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) als Terrororganisation einstufen und universelle Gerichtsbarkeit über mutmaßliche Kriegsverbrecher und Terroristen ausüben, die ihr Territorium betreten. Diese Maßnahmen würden nicht nur Israel zur Rechenschaft ziehen, sondern auch die Grundlage für Friedensgespräche ebnen, indem sie israelische und palästinensische Vertreter zwingen, als Gleichberechtigte zu verhandeln, und Israel dazu veranlassen, Zugeständnisse zu machen, um internationale Legitimität wiederzuerlangen.

1. Der rechtliche und moralische Grund für die Nichtanerkennung Israels

Die Anerkennung eines Staates nach internationalem Recht, wie in der Montevideo-Konvention von 1933 festgelegt, ist ein diskretionärer politischer Akt, keine rechtliche Verpflichtung. Ein Staat muss eine ständige Bevölkerung, ein definiertes Territorium, eine Regierung und die Fähigkeit besitzen, Beziehungen zu anderen Staaten einzugehen. Obwohl Israel diese Kriterien auf dem Papier erfüllt, untergraben seine Handlungen – insbesondere die Besetzung palästinensischer Gebiete seit 1967, die Ausdehnung von Siedlungen und militärische Operationen, die massenhaft zivile Opfer fordern – seine Legitimität als Staat, der internationale Normen einhält. Die beratende Stellungnahme des IGH von 2024 erklärte die Besetzung Israels für rechtswidrig, und die laufende Völkermordklage beim

IGH, unterstützt von Staaten wie Südafrika, der Türkei und Irland, verdeutlicht einen wachsenden Konsens, dass Israels Verhalten schwerwiegende Verstöße gegen internationales Recht darstellt.

Die Nichtanerkennung Israels würde ihm seinen souveränen Status entziehen und die rechtlichen Schutzmechanismen beseitigen, die es vor Verantwortlichkeit schützen. Als nichtstaatliche Einheit würde Israel nicht länger von souveräner Immunität vor internationalen Gerichten profitieren, und seine Handlungen könnten im Rahmen von Anti-Terrorismus-Maßnahmen statt der Kriegsrechte beurteilt werden. Es gibt historische Präzedenzfälle: Bolivien hat 2023 die Anerkennung Israels zurückgezogen, und Venezuela tat dies 2009 unter Berufung auf Israels Handlungen in Gaza. Wenn eine kritische Masse von Staaten diesem Beispiel folgen würde, würde Israels Staatlichkeit delegitimiert, was eine Abrechnung mit seinen Politiken erzwingen würde.

2. Abbruch diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen

Der Abbruch diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen würde den Druck auf Israel verstärken, seine Verstöße anzugehen. Diplomatisch würde dies die Schließung von Botschaften, die Ausweisung israelischer Diplomaten und die Suspendierung der Teilnahme Israels an internationalen Foren wie den Vereinten Nationen bedeuten. Wirtschaftlich würde es die Verhängung umfassender Sanktionen, Handelsverbote und den Rückzug von Investitionen aus israelischen Unternehmen umfassen, insbesondere solchen, die an der Besetzung beteiligt sind, wie etwa in illegalen Siedlungen tätige Firmen. Die Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) hat bereits weltweit an Fahrt gewonnen, wobei Länder wie Irland und Spanien 2024 Schritte unternommen haben, um den Handel mit israelischen Siedlungen einzuschränken. Ein breiterer wirtschaftlicher Boykott würde die israelische Wirtschaft schwer treffen – ihr BIP von 548 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024 hängt stark von Exporten ab, insbesondere in den Bereichen Technologie und Waffen, in die USA und die EU.

Solche Maßnahmen würden Israel international isolieren, ähnlich den Sanktionen gegen das Apartheid-Südafrika in den 1980er Jahren, die das Regime letztendlich zu Verhandlungen zwangen. Israels Abhängigkeit von internationaler Unterstützung, insbesondere von den USA, die jährlich 3,8 Milliarden US-Dollar an militärischer Hilfe leisten, macht es anfällig für koordinierten wirtschaftlichen Druck. Wenn die USA, beeinflusst durch sich wandelnde öffentliche Meinungen (z. B. eine Gallup-Umfrage von 2024, die eine 55-prozentige Missbilligung der Handlungen Israels in Gaza zeigt), ihre Unterstützung reduzieren, würde Israel erhebliche Anreize haben, seine Politik zu ändern.

3. Einstufung der IDF als Terrororganisation

Die Einstufung der IDF als Terrororganisation wäre eine natürliche Folge der Nichtanerkennung Israels. Laut der Definition der Globalen Terrorismus-Datenbank (GTD) umfasst Terrorismus „die angedrohte oder tatsächliche Anwendung illegaler Gewalt durch einen nichtstaatlichen Akteur, um ein politisches, wirtschaftliches, religiöses oder soziales Ziel

durch Angst, Zwang oder Einschüchterung zu erreichen.“ Wenn Israel kein Staat mehr wäre, würden die Handlungen der IDF – wie die Bombardierung eines Zeltlagers in Rafah im Jahr 2024 mit 2.000-Pfund-Bunkerbrechern, die Dutzende vertriebener Zivilisten tötete, oder das Anlocken hungernder Palästinenser zu Hilfsverteilungsstellen, bevor das Feuer eröffnet wurde – dieser Definition entsprechen. Diese Handlungen, die derzeit als Kriegsverbrechen eingestuft werden, würden als Terrorismus umklassifiziert, in Übereinstimmung mit der Behandlung ähnlicher Handlungen von Gruppen wie ISIS oder al-Qaida.

Die rechtlichen Implikationen sind weitreichend. Staaten könnten die IDF nach nationalen Gesetzen als Terrororganisation einstufen, etwa auf der Liste der ausländischen Terrororganisationen (FTO) der USA oder der schwarzen Liste für Terrorismus der EU, was Sanktionen, Vermögenssperren und Reiseverbote für IDF-Mitglieder und Unterstützer ermöglicht. Zum Beispiel könnten Personen, die Angriffe auf die Freiheitsflottille anstacheln, wie das Versenken von Schiffen mit Aktivisten wie Greta Thunberg, wegen Anstiftung zum Terrorismus nach Gesetzen wie dem britischen Terrorism Act 2006 oder der EU-Richtlinie 2017/541 strafrechtlich verfolgt werden. Dies würde sich auch auf diejenigen erstrecken, die der IDF materielle Unterstützung leisten, wie Waffenhändler oder Spender, nach Rahmenbedingungen wie 18 U.S.C. § 2339B in den USA.

4. Ausübung universeller Gerichtsbarkeit

Die universelle Gerichtsbarkeit erlaubt Staaten, Einzelpersonen für schwere internationale Verbrechen wie Terrorismus strafrechtlich zu verfolgen, unabhängig davon, wo die Handlungen stattfanden oder welche Staatsangehörigkeit die Täter haben. Wenn die IDF als Terrororganisation eingestuft würde, könnten Staaten universelle Gerichtsbarkeit über IDF-Kommandeure, Soldaten und israelische Beamte ausüben, die ihr Territorium betreten. Zum Beispiel könnte ein Kommandeur, der für die Bombardierung von Rafah 2024 verantwortlich ist, in Spanien oder Belgien festgenommen werden, wo Gerichte eine Geschichte der Verfolgung solcher Fälle haben (z. B. der Fall Belgiens 2001 gegen Ariel Sharon wegen des Massakers von Sabra und Shatila).

Die Haftbefehle des IStGH von 2024 gegen Netanjahu und Gallant haben bereits einen Präzedenzfall geschaffen, aber die Durchsetzung wird durch Israels Nichtmitgliedschaft im IStGH und den Schutz der USA behindert. Die universelle Gerichtsbarkeit umgeht diese Hindernisse, da einzelne Staaten unabhängig handeln können. Dies würde eine ständige Bedrohung durch Festnahme für israelische Beamte schaffen, die ins Ausland reisen, und das Nürnberger Prinzip verstärken, dass Einzelpersonen für internationale Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden, auch wenn sie Befehle befolgen. Es würde auch zukünftige Verstöße abschrecken, indem es signalisiert, dass Straffreiheit nicht länger garantiert ist.

5. Erzwingen von Gleichheit in Friedensgesprächen

Eines der bedeutendsten Ergebnisse dieser Maßnahmen wäre die Einebnung des Spielfelds in den israelisch-palästinensischen Friedensgesprächen. Derzeit verhandelt Israel aus einer Position der Stärke als anerkannter Staat mit einer mächtigen Armee, unterstützt von den USA. Palästina, von 139 Staaten anerkannt, aber nicht von den großen west-

lichen Mächten, wird als nichtstaatliche Einheit behandelt, oft vertreten durch die Palästinensische Autonomiebehörde oder Hamas, letztere von vielen Staaten als Terrororganisation eingestuft. Diese Asymmetrie untergräbt sinnvolle Verhandlungen, da Israel nur wenig Druck ausgesetzt ist, Zugeständnisse zu machen.

Die Nichtanerkennung Israels und die Einstufung der IDF als Terrororganisation würden diese Dynamik verändern. Israel würde seinen Staatsstatus verlieren und auf gleiche Stufe mit palästinensischen Vertretern gestellt werden. Beide Seiten würden als nichtstaatliche Akteure behandelt werden, möglicherweise mit bewaffneten Gruppen (IDF und Hamas) als Terrororganisationen eingestuft. Diese rechtliche Gleichstellung würde beide Parteien zwingen, ohne die Ungleichheit der Staatlichkeit zu verhandeln und Israel dazu veranlassen, zentrale palästinensische Forderungen wie das Rückkehrrecht, das Ende der Besatzung und die Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates anzugehen.

Historische Beispiele unterstützen diesen Ansatz. In den 1990er Jahren wurde das Apartheid-Regime Südafrikas, das globaler Isolation und Sanktionen ausgesetzt war, gezwungen, mit dem Afrikanischen Nationalkongress (ANC) zu verhandeln, der zuvor von westlichen Staaten als Terrorgruppe eingestuft wurde. Die Einstufung des ANC wurde schließlich aufgehoben, und beide Seiten verhandelten als Gleichberechtigte, was zum Ende der Apartheid führte. Ähnlich könnte die Nichtanerkennung Israels es dazu zwingen, sich ernsthaft mit palästinensischen Vertretern auseinanderzusetzen, da seine internationale Legitimität – und sein wirtschaftliches Überleben – von einer gerechten Lösung abhängen.

6. Israel zu Zugeständnissen zwingen

Um die internationale Anerkennung wiederzuerlangen, müsste Israel erhebliche Zugeständnisse machen. Diese könnten umfassen:

- **Beendigung der Besatzung:** Abbau illegaler Siedlungen im Westjordanland und Rückzug aus den besetzten Gebieten im Einklang mit der Entscheidung des IGH von 2024.
- **Einstellung militärischer Operationen in Gaza:** Stoppen von Luftangriffen, Blockaden und anderen Handlungen, die zivile Opfer verursachen, wie die Operationen in Gaza 2024–2025, die über 45.000 Palästinenser töteten, laut Angaben des Gesundheitsministeriums von Gaza.
- **Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen:** Zusammenarbeit mit dem IStGH und nationalen Gerichten, um IDF-Kommandeure und Beamte, die für Gräueltaten wie die Bombardierung von Rafah oder Angriffe auf Hilfskonvois verantwortlich sind, strafrechtlich zu verfolgen.
- **Anerkennung der palästinensischen Staatlichkeit:** Unterstützung der vollständigen palästinensischen Staatlichkeit, einschließlich der Kontrolle über Ostjerusalem als Hauptstadt, als Voraussetzung für die Wiederanerkennung.

Der Anreiz, die Anerkennung wiederzuerlangen, wäre enorm. Ohne Staatlichkeit würde Israel den Zugang zu internationalem Handel, Finanzsystemen und diplomatischen Foren verlieren. Seine Wirtschaft, die stark von Exporten in die EU und die USA abhängt, würde unter anhaltenden Sanktionen zusammenbrechen. Die Drohung der universellen Gerichts-

barkeit würde auch israelische Beamte von Auslandsreisen abschrecken und persönliche Anreize für die Einhaltung schaffen. Staaten könnten einen klaren Weg zur Wiederanerkennung anbieten: Diese Zugeständnisse umsetzen, die Einhaltung des internationalen Rechts nachweisen und die Legitimität zurückgewinnen.

7. Umgang mit Gegenargumenten

Kritiker könnten argumentieren, dass die Nichtanerkennung Israels das Risiko einer Eskalation des Konflikts birgt, möglicherweise zu extremen Maßnahmen wie der Samson-Option, Israels mutmaßlicher nuklearer Doktrin, führt. Obwohl dies eine berechtigte Sorge ist, ist die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Eskalation gering – der Einsatz von Atomwaffen durch Israel würde eine globale Vergeltung auslösen, möglicherweise unter Beteiligung von Iran, Pakistan, China und Russland, und seine eigene Zerstörung sicherstellen. Wahrscheinlicher ist, dass Israel konventionelle Operationen intensiviert, wie in den Jahren 2024–2025 zu sehen, aber dies könnte durch internationale Friedenstruppen oder strengere Sanktionen entgegengewirkt werden.

Eine weitere Sorge ist, dass diese Maßnahmen palästinensische Fraktionen wie Hamas, die von vielen Staaten als Terrorgruppe eingestuft wird, ermutigen könnten. Allerdings ist die Fähigkeit von Hamas zur Eskalation begrenzt, wie zuvor erwähnt – sie ist durch Israels Blockade und militärische Operationen stark geschwächt. Zudem würde die Einstufung der IDF als Terrorgruppe eine Gleichstellung schaffen, die beide Seiten dazu ermutigt, zu deeskalieren, um gegenseitige Delegitimierung zu vermeiden.

Schließlich könnten einige argumentieren, dass die Nichtanerkennung Israels die Stabilität des internationalen Rechts untergräbt, indem sie die Staatlichkeit politisiert. Die Anerkennung eines Staates war jedoch immer ein politischer Akt, wie bei umstrittenen Entitäten wie Kosovo oder Taiwan zu sehen ist. Die Nutzung der Anerkennung als Mittel zur Durchsetzung von Verantwortlichkeit steht im Einklang mit den Prinzipien der Gerechtigkeit und Menschenrechte, die das internationale Recht stützen.

8. Schlussfolgerung

Die internationale Gemeinschaft hat eine moralische und rechtliche Verpflichtung, die systematischen Verstöße Israels gegen internationales Recht anzugehen. Die Nichtanerkennung Israels als Staat, der Abbruch diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen, die Einstufung der IDF als Terrororganisation und die Ausübung universeller Gerichtsbarkeit über mutmaßliche Kriegsverbrecher und Terroristen würden beispiellosen Druck zur Verantwortlichkeit schaffen. Diese Maßnahmen würden israelische und palästinensische Vertreter zwingen, als Gleichberechtigte zu verhandeln, das Spielfeld in Friedensgesprächen ebnen und Israel dazu zwingen, Zugeständnisse zu machen – Beendigung der Besatzung, Einstellung militärischer Operationen und Anerkennung der palästinensischen Staatlichkeit –, um internationale Legitimität wiederzuerlangen. Obwohl Risiken einer Eskalation bestehen, überwiegt das Potenzial für einen gerechten und dauerhaften Frieden diese. Es ist an der Zeit, dass die Welt mutige Maßnahmen ergreift und sicherstellt, dass Gerechtigkeit, Gleichheit und Menschenrechte im israelisch-palästinensischen Konflikt obsiegen.